

Wulf Hopf

Ethnozentrismus und Ökonomismus Die »Leistungsgesellschaft« als Deutungsmuster für soziale Ausgrenzung

1. Einleitung

In den Erklärungen der fremdenfeindlichen Gewalt in Deutschland spielt das Konzept des Ethnozentrismus eine besondere Rolle - sei es für die kleine Gruppe der Täter oder in der Breite aller gesellschaftlichen Gruppen, die ein Klima der Unterstützung oder stillschweigenden Duldung fremdenfeindlicher Gewalt schaffen (vgl. z.B. Willems u.a. 1993). »Ethnozentrismus« bezeichnet in der ursprünglichen Definition Sumners (1906) eine bornierte Sichtweise, nach der die eigene Gruppe, ihre Gebräuche und Lebensweise im Mittelpunkt der Welt stehen und andere Gruppen nur in Beziehung zur Eigengruppe gesehen und bewertet werden. Die Eigengruppe wird dabei idealisiert, während andere Gruppen mehr oder weniger aggressiv abgewertet werden. Die Gruppen, denen sich die Individuen zugehörig fühlen, können nach unterschiedlichsten Merkmalen definiert, verschieden umfangreich und stabil sein (vgl. dazu Rieker/Sanden-Marcus 1995, 31ff). Die Gruppen, die abgewertet oder verachtet, ausgegrenzt oder bekämpft werden, können dabei im Hinblick auf Machtpotentiale in einem Gleichgewicht oder in einem Unterlegenheitsverhältnis zur Eigengruppe stehen. In diesem zweiten Fall stehen die Gruppen in einer konfliktreichen Beziehung von »Etablierten« und »Außenseitern« (Elias/Scotson 1965). Von historisch-politisch besonderer Bedeutung ist zum einen die Überbewertung der eigenen Nation bzw. der »nationalen Kultur« und die entsprechende Abwertung von Angehörigen anderer Nationen (Nationalismus bzw. Chauvinismus, vgl. dazu Blank/Schmidt 1993). Eine andere, ebenfalls außerordentlich folgenreiche Gruppenbildung stellt die eigene »Rasse« dar, die angeblich höherwertig als andere »Rassen« ist und Ausgrenzungen von »Apartheid« bis zum Völkermord rechtfertigen sollte. Die theoretische Deutung von Ethnozentrismus und Ausländerfeindlichkeit ist gegenwärtig umstritten. Dafür gibt es drei in der Sache liegende Gründe: zum einen akzentuieren die verschiedenen Begriffe von Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, von Antisemitismus, von Nationalismus oder Ras-

sismus unterschiedliche historische Erscheinungsformen der Gruppenkonflikte (Elias/Scotson 1965, 25-27). Zweitens knüpfen die Erklärungen an unterschiedliche Theoretiktraditionen in Geschichte, Sozialwissenschaften und Psychologie an (vgl. z.B. zur »Fremdenfeindlichkeit« in Psychologie und Sozialpsychologie Zick 1992). Und schließlich liegen die zu erklärenden Probleme häufig auf verschiedenen, nicht aufeinander reduzierbaren Ebenen. Es ist z.B. ein Unterschied, ob man eine historische Tendenz zu vermehrtem Ethnozentrismus in der Gesellschaft festzustellen meint und erklären will; ob man die Allgegenwärtigkeit von Ethnozentrismus aus Intergruppen-Konflikten erklären will; oder ob man fragt, unter welchen sozialen und psychischen Bedingungen bestimmte Individuen ethnozentrischer eingestellt sind als andere.

Diese letzte, eingeschränkte Fragestellung war das Thema der empirischen Untersuchung zur »autoritären Persönlichkeit« (Adorno u.a. 1950), in der das Ethnozentrismus-Konzept Sumners aufgenommen und um Überlegungen zur »potentiell faschistischen« Persönlichkeit erweitert wurde. Die theoretische Deutung des Ethnozentrismus war psychoanalytisch akzentuiert - er wurde als letztlich irrationale Verarbeitungsform innerer, nicht gelöster psychischer Konflikte begriffen, die in der Idealisierung der Eigengruppe und in projektivem Haß auf »Fremde« und »Abweichende« abgeladen wurden. Die Ursprünge dieser Konflikte wurden in Fehlentwicklungen der Beziehungen von Eltern zu ihren Kindern gesehen.

Von der empirischen Sozialpsychologie ist diese Erklärung häufig mit Skepsis aufgenommen worden (Altemeyer 1988, 53f; Oesterreich 1993, 18ff; kritisch dazu Ch. Hopf 1990). Vor allem bei der gegenwärtigen »Ausländerfeindlichkeit« als besonderer Erscheinungsform des Ethnozentrismus werden andere Akzente gesetzt: Materiellen Handlungsmotiven und aktuellen ökonomischen Bedingungen wird ein größeres Gewicht beigemessen als belastenden Sozialisationserfahrungen und ihrer Verarbeitung. Fremdenfeindlichkeit ist danach eine recht verbreitete, nicht an defizitäre Sozialisationsbedingungen gebundene, rational nachvollziehbare Reaktion auf ökonomische Krise und verschärfte Konkurrenz am Arbeits- und Wohnungsmarkt (vgl. z.B. Nunner-Winkler 1995). Eckert und Willems haben diese Position auf die griffige Formel gebracht: Fremdenfeindlichkeit als Folge des »Kampfes um knappe Güter« »muß nicht autoritären Charakterzügen entspringen. Auch andere Menschen teilen ungern!« (Eckert/Willems 1994, 86).

Ziel dieses Beitrages ist es, die Kontroverse zwischen der vermeintlich pathologisierenden und einer demgegenüber normalisierenden Sichtweise von Ausländerfeindlichkeit zu vertiefen. Dazu werden in einem ersten Schritt zunächst jene Konzepte vorgestellt, die Ausländerfeindlichkeit als

ökonomisch-rationale Handlungsstrategie plausibel machen sollen. Im Hauptteil des Beitrages geht es dann darum, anhand qualitativer Interviews mit rechtsextremen, ausländerfeindlichen und gewaltbereiten Jugendlichen die ökonomische Akzentuierung von Ethnozentrismus und Ausländerfeindlichkeit genauer zu beschreiben. Leitender Gesichtspunkt ist dabei, daß ein solcher Akzent entscheidend davon abhängt, *als was* die Eigengruppe der Deutschen und dazu korrespondierend der Nicht-Deutschen angesehen wird. Derartige Deutungsmuster schaffen einen Rahmen für entsprechende Handlungsmotive, die sich in fremdenfeindlichen Aktionen fortsetzen können.

2. Die ökonomische Dimension von Ethnozentrismus und Ausländerfeindlichkeit: »Wohlstandschauvinismus« und »Instrumentalismus«

Für die ökonomische Dimension der Fremdenfeindlichkeit sind in der bisherigen Forschung unterschiedliche Konzepte bereitgestellt worden. Öffentlich sehr folgenreich wurde ein Begriff aus der Umfrageforschung, »Wohlstandschauvinismus« (Sinus-Institut, Infratest - vgl. Klär u.a. 1989). In seiner ursprünglichen Bedeutung bezeichnet er den Wunsch, die Früchte des Wohlstands allein den Deutschen vorzubehalten. Damit verbindet sich weiterhin die nagende Angst, daß die Wohlstandsentwicklung an ihr Ende gelangt sei und daß die erreichten »Besitzstände« von Ausländern gefährdet würden. Das Nebeneinander von hoher Massenarbeitslosigkeit und gleichzeitig hoher Zuwanderung von Ausländern kann dann leicht ursächlich gedeutet werden. So gab in einer Untersuchung von (deutschen) Arbeitslosen ein Teil der Befragten der Ausländerbeschäftigung die unmittelbare Schuld an der Arbeitslosigkeit und äußerte spontan fremdenfeindliche Meinungen (Kronauer 1992).

Theoretisch anspruchsvollere Interpretationen als das Konzept des »Wohlstandschauvinismus« stammen von Lenhardt (1990), Heitmeyer u.a. (1992), Oesterreich (1993) und Kronauer (1992). Am grundsätzlichsten argumentierte Lenhardt. Mit der Ausbreitung legitimen interessen geleiteten Handelns in der kapitalistischen Gesellschaft entstehe der spezifisch moderne ethnische Gemeinschaftsglaube samt der dazugehörigen Fremdenfeindlichkeit. Der Ethnozentrismus sei »psychopathologisch« nicht zu begreifen, sondern »Ausdruck realitätstüchtigen Umgangs mit einer irrationalen sozialstrukturellen Realität« (Lenhardt 1990, 134). Wer als Lohnabhängiger interessenorientiert zu handeln gezwungen sei, komme um Ethnozentrismus nicht herum (ebd., 144). Diese sehr weitreichende These illustriert Lenhardt am Beispiel der ethnischen Arbeitsmarktsegmentation.

Ob man diese allerdings mit Ethnozentrismus *gleichsetzen* kann, wie Lenhardt es durchweg tut, ist mehr als fraglich. Zwischen der gezielten Nutzung ethnischer Differenzen am Arbeitsmarkt und Ethnozentrismus als Einstellung, die sich auf die gesamte Lebensweise der Eigengruppe bezieht, liegt eine beträchtliche Differenz.

Das Stichwort »Interessenorientierung« ist von Heitmeyer u.a. in ihrer Bielefelder Längsschnitt-Studie von ca. 30 jungen Berufsanfängern aufgenommen und im Konzept der »Instrumentalisierung« fortgeführt worden. Diese sei ein »affines Muster der industriegesellschaftlichen Verwertungslogik«, das sich in einem »Zwang zur Selbstdurchsetzung« und zur Lockerung der sozialen Beziehungen zeige (1992, 595). Der Andere werde sozial nicht anerkannt, abgewertet und verdinglicht. Er erscheine als austauschbar und besonderer Rücksichten nicht bedürftig. Die Beziehungen würden nach dem Muster von Sieger-Besiegten definiert. Eine solche Instrumentalisierung stelle den »Entstehungsmechanismus eines 'materiellen Nationalismus' dar, weil sie auf den ökonomischen Verwertungsprozessen basiert und sozial wie politisch angewendet wird.« (ebd., 596) Davon deutlich zu trennen sei ein »völkischer Nationalismus«. Ähnlich der Argumentation Lenhardts ist damit auch für Heitmeyer u.a. der »materielle Nationalismus« mit seiner Kehrseite der Fremdenfeindschaft der heutigen kapitalistischen Gesellschaft inhärent und allgegenwärtig.

Obwohl nicht »Ausländerfeindlichkeit«, sondern »Autoritarismus« im Zentrum der Untersuchung von Oesterreich (1993) steht, gibt auch er der »autoritären Reaktion« in der Bundesrepublik/Ex-DDR der Gegenwart eine stark ökonomische Deutung. Die Kombination aus »gefährdeter Identität« und »materiell unsicherer Zukunftsperspektive« sei eine jener Lebenssituationen, die eine »autoritäre Reaktion« im Sinne der Schutz-Suche bei den für stark Gehaltenen nahelegen (1993, 54).

Während das Sinus-Institut und Oesterreich die Motive der Ausländerfeindlichkeit in den Mittelpunkt stellen, legt Kronauer (1992) stärker den Akzent auf Deutungsmuster, in die die Ausländerfeindlichkeit eingebettet ist. Hier spielt ein bestimmtes, paternalistisches Staatsverständnis eine zentrale Rolle bei jenem Teil von Arbeitslosen, die sich in einer Untersuchung des SOFI Göttingen (Kronauer u.a. 1993) spontan ausländerfeindlich äußerten. Sie fühlen sich vom Staat betrogen und verraten und reagieren mit Loyalitätsentzug. Kronauer deutet diese Reaktion im Anschluß an Barrington Moores sozialhistorische Theorie von Revolutionen, für die wahrgenommene Ungerechtigkeit einen zentralen Ausgangspunkt bildet. Danach stellt ein »impliziter Gesellschaftsvertrag« zwischen Herrschenden und Bevölkerung eine wichtige Bedingung für gesellschaftliche Stabilität dar. Der Staat kann sich der Loyalität sicher sein, wenn er grundlegende

Bedürfnisse nach Wohlstand, innerer Sicherheit und Schutz nach außen garantiert. Versagt er hierin - und für einen Teil der befragten Arbeitslosen war dies evident -, dann wird ihm die Loyalität aufgekündigt. Die »personalistische Staatsfixierung« gibt sich anti-autoritär, ist aber autoritär und manipulierbar (Kronauer 1992, 12). Die Gefühle des Verratenseins und der ungerechten Behandlung liefern eine Projektionsfläche, um den unterschiedlichsten Gruppen (Ausländern, Aussiedlern, selbst anderen Arbeitslosen) wahllos die Verantwortung für die eigene Not zuzuschreiben.

Vergleicht man diese verschiedenen Versuche, die ökonomische oder materielle Dimension in Fremdenfeindlichkeit und Ethnozentrismus zu benennen, so sind fünf Besonderheiten auffällig:

(1) Die *Trägerschichten* der Fremdenfeindlichkeit werden irgendwo in den »arbeitenden Schichten« lokalisiert. In Lenhardts und Heitmeyers sehr allgemeiner Deutung stellen sich mindestens für alle Lohnabhängigen, wenn nicht gar für alle Gesellschaftsmitglieder, Ethnozentrismus und »materieller Nationalismus« als rationale Strategien der Vorteilsmaximierung dar. Das gilt im Prinzip auch für den »Wohlstandschauvinismus«, obwohl hier der Akzent mehr auf dem *verunsicherten* Teil der Mittelschichten und der Arbeiterschaft (bzw. ihres »wohlhabenden« Teils) liegt. Oesterreich betont die Kumulation negativer materieller Bedingungen in der Unterschicht bzw. in einem ganzen Teil der Gesellschaft, den Bewohnern der ehemaligen DDR. Nur Kronauer bezieht sich explizit auf eine bestimmte Gruppe, die Industriearbeiterschaft, und die in ihr tradierten Deutungsmuster.

An diesen Versuchen, die Trägerschichten eines ökonomisch-rationalen Ethnozentrismus vor allem in den »arbeitenden Schichten« zu vermuten oder an den Tatbestand von Lohnarbeit zu knüpfen, ist zweierlei problematisch: zum einen geraten die politischen, ökonomischen und kulturellen Eliten als Träger und Verbreiter von Ethnozentrismus und Ausländerfeindlichkeit nicht in den theoretischen Blick. Andererseits widersprechen die empirischen Verhältnisse einem Teil der Thesen: danach sind - zumindest bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen - keineswegs alle Gesellschaftsmitglieder oder alle »Lohnabhängigen« gleichermaßen ethnozentrisch im Sinne der allgemeinen »Instrumentalismus-These«, sondern es sind gegenwärtig besonders die Angehörigen unterer sozialen Schichten und Absolventen unterer Ausbildungsgänge, die in höherem Maße ethnozentrisch eingestellt sind (W. Hopf 1994).

(2) Die verschiedenen Erklärungsversuche unterscheiden sich darin, wie sie die »ökonomische Dimension« des Ethnozentrismus *inhaltlich* akzentuieren. Materialismus, Instrumentalismus und Ökonomismus bezeichnen durchaus unterschiedliche, allerdings zusammenhängende Elemente eines Handlungssystems. »Materialismus« ist - wie auch die Forschungen zum

Post-Materialismus als Wertorientierung zeigen - eine Frage der handlungsleitenden Werte. Materialisten setzen Werte wie hohes Einkommen, privaten Wohlstand und eigene Sicherheit an die Spitze ihrer Wertehierarchie. In diesem Sinne verstehen vor allem das Sinus-Institut und Oesterreich die ökonomische Dimension des Ethnozentrismus und der Fremdenfeindlichkeit. Untersuchungen zum Wertwandel unterstützen diese Auffassung, wenn sie auf den Zusammenhang zwischen Materialismus und stärkerer Ablehnung von Ausländern und Ausländerinnen verweisen (vgl. z.B. Baumert 1991, 343f)

»Instrumentalismus« oder »instrumentelle Orientierungen« haben in der Soziologie eine lange, bis auf Marx' Entfremdungsbegriff zurückgehende Tradition im Zusammenhang mit der Einstellung gegenüber der Arbeit.¹ Dabei geht es weniger um materielle Güter als höchste Lebenswerte, sondern vielmehr um eine bestimmte Wahrnehmung oder Einstellung gegenüber der Beziehung zwischen dem Handelnden und anderen Elementen des Handlungssystems. Gegenüber dem Beruf instrumentell orientierte z.B. verstehen ihren Beruf nur als Mittel zum Zweck der Einkommenserzielung und verbinden mit ihm keinen persönlichen Sinn der Identitätsstiftung. In diesem eingeschränkten, auf den Beruf bezogenen Sinn ist Instrumentalismus recht häufig als Gegenpol zu »Selbstverwirklichung« im Beruf untersucht worden (z.B. Baethge u.a. 1988). Auch der Machiavellismus kann als Variante instrumenteller Einstellungen verstanden werden (Ch. Hopf 1994): hier sind es andere Menschen (nicht der eigene Beruf), die kaltherzig als Mittel zum Zweck der eigenen Vorteilserlangung benutzt und manipuliert werden.

Auch der »Ökonomismus« ist eine Sichtweise der Beziehung zwischen dem oder der Handelnden und den übrigen Elementen des Handlungssystems. Aber anders als der Instrumentalismus, der nur die Nutzen-*Qualität* einer Beziehung einseitig herausarbeitet, bezieht sich Ökonomismus auf das Verhältnis von minimalem eigenem Aufwand und maximalem Ertrag. Es handelt sich um Rechenhaftigkeit zwecks Nutzenmaximierung, die besonders dort auffällt, wo das Handlungssystem nicht primär ökonomisch ausgerichtet ist. Nicht-ökonomische Beziehungen werden dem ökonomischen Kalkül unterworfen und ihr eigentlicher Handlungssinn damit verfehlt, unterdrückt oder verzerrt.

(3) Mit der inhaltlich verschiedenen Auslegung der ökonomischen Dimension der Ausländerfeindlichkeit hängt zusammen, daß ihre psychologischen Grundlagen, d.h. *Motive und Einstellungen* unterschiedlich aufgefaßt

1 Vgl. als folgenreiche, empirisch-soziologische Wiederaufnahme dieser Tradition Goldthorpe u.a. 1969 und die breite marxistische Diskussion der 70er Jahre über »Gleichgültigkeit und Identifikation gegenüber der Arbeit«.

werden. Das Konzept des Wohlstandschauvinismus stellt, wie auch die eingangs zitierte Bemerkung von Eckert und Willems, relativ eng auf das Nicht-Teilen-Wollen materieller Dinge ab, d.h. auf Motive wie Egoismus, Habgier und Neid, sowie auf fehlende Großzügigkeit, Empathie oder Solidarität mit Fremden. Heitmeyers Konzept der »Instrumentalisierung« geht demgegenüber wesentlich weiter: hier sind es nicht die (immer) knappen *Dinge*, die Ausländern vorenthalten werden, sondern sie selbst werden im Sinne der kapitalistischen Verwertungslogik »verdinglicht« und herabgewürdigt; die Beziehungen zu ihnen werden nur strategisch-aggressiv (Sieger-Besiegte) oder rechnerisch (Kosten-Nutzen) wahrgenommen und gestaltet.

(4) Bei fast allen dieser Versuche, die »Sozialpsychologie der gewöhnlichen Ausländerfeindlichkeit« zu verstehen, bleibt die Identifikation mit der Eigengruppe (bzw. ihre Überbewertung) ausgespart oder unklar. Die »Ausländerfeindlichkeit« wird zwar als Teil eines individuell-strategischen Kalküls nachvollziehbar, aber nicht als Ergebnis *ethnozentrischer* Einstellungen verständlich. Dies kann nur geklärt werden, wenn gefragt wird, als was sich die Gesellschaftsmitglieder verstehen, wenn sie sich z.B. »als Deutsche« sehen und hieraus die Ausgrenzung von Nicht-Deutschen ableiten. Lediglich Kronauers Deutung der Ausländerfeindlichkeit macht eine Ausnahme: im paternalistischen Staatsverständnis der Arbeitslosen, deren Gefühle der Loyalität zu den Herrschenden frustriert werden, scheint etwas von der Identifikation mit der Gruppe und ihren Repräsentanten auf.

(5) Schließlich sind die verschiedenen Fassungen der ökonomischen Dimension der Fremdenfeindlichkeit *methodisch* unterschiedlich zugänglich: Während der Wohlstandschauvinismus mit einigen Items der Survey-Forschung präzise, aber oberflächlich abrufbar erscheint, ist etwa die »Instrumentalisierung der sozialen Beziehungen« ein derart reichhaltiges und folgenreiches Konzept, daß es - wie bei Heitmeyer u.a. (1992) ersichtlich - schwierig wird, seine einzelnen Komponenten im ausufernden empirischen Material teilstrukturierter Interviews wiederzufinden.

Zwischen diesen beiden Polen versuchen wir einen Mittelweg zu steuern und typische, ökonomisch ausgelegte Deutungsmuster des Umgangs mit Ausländern aus qualitativem Material zu gewinnen. Anders als in der quantitativen Einstellungsforschung geht es nicht nur um die Stärke der Akzeptanz oder der Ablehnung von Ausländern, sondern um ihre Begründung. Und anders als bei der alle Sozialbeziehungen durchdringenden »Instrumentalisierung« geht es um die Wahrnehmung relativ klar umrissener Gruppen von Ausländern und Ausländerinnen.

Dabei ist es sinnvoll, zwischen hier schon länger lebenden Ausländern (»Gastarbeitern«) und Flüchtlingen zu unterscheiden. Sie haben einen un-

terschiedlichen rechtlichen und ökonomischen Status, der sich auf das ökonomisch-materielle Motiv der Ausländerfeindlichkeit unterschiedlich auswirken könnte.² Asylbewerber, »Wirtschaftsflüchtlinge« und Bürgerkriegsflüchtlinge haben den Status von Flüchtlingen, denen ein zeitweiliges Bleiberecht eingeräumt oder verweigert werden kann. Dieses Bleiberecht sollte mit einer minimalen Sicherheit der materiellen und immateriellen Versorgung (Wohnung, Kleidung, Essen, Information, Rechtsschutz und Sicherheit) verbunden sein. »Gastarbeiter« dagegen haben diesen prekären, durch die gegenwärtige Politik zunehmend eingeschränkten Status nicht. Sie arbeiten und leben hier - indes ist strittig, unter welchen Bedingungen ihr Status dem der inländischen Deutschen angeglichen werden soll.

3. Die Gruppe der Befragten und die Untersuchungsmethode

Die im folgenden diskutierten Ergebnisse stammen aus dem Pretest eines teilstrukturierten Fragebogens mit einer kleinen Zahl von rechtsextremen Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren alt (sieben junge Männer, eine junge Frau).³ Die Befragten wurden in drei niedersächsischen Mittelstädten über Berufsschullehrer und Sozialarbeiter kontaktiert, die sie aus ihrer Kenntnis im Unterricht bzw. aus ihren Kontakten in der Freizeit als eher »rechtsextrem« einschätzten. Diese Einschätzung wurde in den Interviews bestätigt, denn sechs der acht Jugendlichen äußerten Präferenzen für die Wahl einer rechtsextremen Partei (DVU, Republikaner, NPD). Ein weiterer Jugendlicher bezeichnete sich als SPD-Wähler mit gelegentlicher Neigung zur Wahl der »Republikaner«. Das einzige Mädchen in der Gruppe schwankte zwischen CDU und »Republikanern« und hatte sich Informationsmaterial der »Nationalistischen Front« (NF) schicken lassen.⁴ Zwei der

-
- 2 Unser Vorgehen unterscheidet sich hier von der Survey-Forschung (z.B. ALLBUS, vgl. dazu Blank/Schmidt 1993), die mit einer allgemeinen Skala zur »Ausländerfeindlichkeit« arbeitet und dabei nicht zwischen den verschiedenen Gruppen von Ausländern unterscheidet. Blank/Schwarzer (1994, 98) sehen es als Vorteil für die Messung einer »grundlegenden Einstellung« »Ausländerfeindlichkeit« an, daß Befragte zwischen unterschiedlichen Gruppen von Ausländern keinen besonderen Unterschied machten. Vgl. auch die Beobachtung Schnabels (1994), daß Jugendliche in ihrer Einstellung zu Gastarbeitern und zu Asylbewerbern keinen Unterschied machten. Bei dieser empirischen Forschung geht es vor allem um die Ausprägung der Stärke von »Ausländerfeindlichkeit«, nicht um Begründungen und Ideologeme, die sich in teilstrukturierten Interviews besser erschließen.
 - 3 Für die Hilfe bei der Erarbeitung des Fragebogens, der Führung der Interviews und der Auswertung sei Hendrik Abel und Nils Pagels besonders gedankt. Im Rahmen ihrer Magister-Arbeiten im Fach Pädagogik werteten sie Teilaspekte aus, die hier unberücksichtigt bleiben. - Für nützliche Hinweise bei der Überarbeitung dieses Beitrags danke ich Christel Hopf, Martin Kronauer, Nils Pagels und Gertrud Siller.
 - 4 In dieser relativ eindeutigen Präferenz für rechtsextreme Parteien liegt ein deutlicher Unterschied zu den von Heitmeyer u.a. befragten Bielefelder Jugendlichen, die erstaunlich

klaren Wähler einer rechtsextremen Partei waren auch aktive Mitglieder (JN, NPD), sie waren politisch interessiert und relativ gut informiert. Sieben der acht Jugendlichen berichteten von sich, daß sie eine konsistente »rechte« politische Biographie hatten, die zwischen vier und sechs Jahre zurückreichte. Sie begann in der Mehrzahl der Fälle im Umfeld der Skins (13 bis 16 Jahre), normalisierte sich dann aber - nach Konflikten mit den Eltern und der Justiz, gefördert durch Anpassungszwänge in der Lehre - zu unauffälligerem Rechtsextremismus. Nur in einem Fall berichtete ein Jugendlicher, er hätte seine politischen Ansichten zunächst als Punk entwickelt, um dann in das rechtsextreme Lager überzuschwenken.⁵ - Alle sieben männlichen Jugendlichen absolvierten eine gewerbliche Lehre (2. und 3. Lehrjahr); das Mädchen stand in einer vollschulischen kaufmännischen Ausbildung.

Der Interviewleitfaden bestand aus zwei großen Teilen: im ersten Teil wurden Fragen zur aktuellen Lebenssituation und zur Biographie der Jugendlichen gestellt (Schullaufbahn und Beziehungen zu Lehrern/Mitschülern; gegenwärtige Wohnsituation und aktuelle Beziehung zu den eigenen Eltern/Geschwistern; Beziehungen zu besten Freunden/Freundin und Partner/Partnerin; Beziehungen zur Freundesclique und Freizeitaktivitäten. Dabei wurde besonderes Gewicht auf Rollenunterschiede der Geschlechter gelegt. Erinnerung an die Beziehung zu Eltern/Geschwistern in der Kindheit: Straferfahrungen, Erfahrungen von Zurücksetzung sowie besonderer, positiver Beachtung; Trennungserfahrungen. Wahrgenommene »Erziehungsmaximen« der Eltern.)

Der zweite Teil des (in der Regel mehrstündigen) Interviews bezog sich auf politische Einstellungen und Aktivitäten der befragten Jugendlichen sowie ihrer Eltern. Erfragt wurden: soziale Aktivitäten in der Schulzeit; politische Ziele; Parteipräferenzen; positive und negative politische Vorbilder; Einstellung zu den zum Befragungszeitpunkt noch aktuelleren ausländischerfeindlichen Überfällen in Hoyerswerda, Rostock und Mölln. Beteiligung an eigenen ausländischerfeindlichen Aktivitäten und die Begründung dafür. Bindung an Deutschland; Wahrnehmung »typisch deutscher« positiver und negativer Eigenschaften. Schilderung der eigenen »politischen Biographie« (soweit zurück in der Vergangenheit wie möglich).

cherweise keinerlei Parteipräferenz in der anderthalbjährigen Längsschnittstudie beklundeten (Heitmeyer u.a. 1992, 594).

5 Das Übergewicht von sieben politisch relativ konsistenten Rechtsextremen gegenüber nur einem »Wanderer zwischen den Subkulturen« mag Zufall sein. Da in der öffentlichen Diskussion jedoch häufig die Auswechselbarkeit extremer politischer Ansichten in der Adoleszenz behauptet wird (z.B. Farin/Seidel-Pielen 1991, 8), seien diese anderslautenden Befunde berichtet. Sie verweisen auf die *frühe* Adoleszenz als Phase, in der »Richtungsentscheidungen« fallen, zwischen denen ein häufiger Wechsel unwahrscheinlich ist.

Die Interviews fanden zwischen November 1992 und April 1993 statt. Im August 1992 hatte es die pogromartigen Ausschreitungen gegen ein Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen gegeben; im November 1992 waren vier türkische Mädchen und Frauen einem Brandanschlag von jungen Rechtsextremen in Mölln zum Opfer gefallen.

4. Ökonomische Deutungsmuster für »Wir« und »Die anderen«

Der Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen, Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und Aussiedlern in den letzten Jahren und die Diskussion über politische Steuerungsversuche der Zuwanderung haben sehr viel stärker als in den Jahrzehnten zuvor den *Mitgliedschaftsstatus* in der deutschen Gesellschaft zum Thema gemacht. Ging es in den sechziger und siebziger Jahren um das Problem der »Integration« der benötigten und angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer, so stellte die Diskussion über den Zuzugsstop für Angehörige der ausländischen Arbeitnehmer eine erste Etappe auf dem Wege dar, eine Auswahl unter den in Deutschland um einen Aufenthalt Nachsuchenden vorzunehmen. Bei den Flüchtlingen wird die Entscheidung, ein Bleiberecht zu gewähren oder nicht, noch deutlicher. Diese Wahlsituation »an den Landesgrenzen« stellt auch den Status der hier lebenden und arbeitenden ausländischen Arbeitnehmer in anderer Weise zur Diskussion, als es ohne die Migration von Flüchtlingen der Fall wäre. Es kann dann in der Öffentlichkeit gefragt werden: »Wen wollen 'wir' warum aufnehmen und behalten und wen nicht?« Eine ganze Nation spielt Schicksal, und ihr erhobener oder gesenkter Daumen entscheidet über das Leben von Abertausenden von Menschen. Ein befragter Jugendlicher drückt dies drastisch so aus:

»... denn durch die Gedanken der anderen [der Ausländer - W.H.] profitieren wir ja, wir liegen ja zentral, und diese schlaun Köpfe, die immer so aus den anderen Ländern reinkamen, die haben ja hier zu unserem Wohlstand mit dazugetragen. Durch denen ihre Gedanken ist das ja hier erst so entstanden, daß Deutschland so wirtschaftlich so gut drauf ist. Diese schlaun Köpfe würde ich auch nicht ausschließen - im Gegenteil, da müssen wir uns drum bemühen, daß wir solche Leute reinkriegen. Nur die große Masse, die dann noch mit reinkommt, wie diese Zigeuner, das stößt ja sofort bei den Leuten an, ne? Die sind dreckig und - uhhäh. Das stößt sofort an, das stößt auch bei mir an. Ich möchte auch nicht, daß solche Leute bei mir in der Nachbarschaft wohnen. Also praktisch, die Goldklumpen, daß wir die schon kriegen, aber den Dreck, der soll dableiben.« (Joachim, 52f)⁶

Mit der Entscheidung über die Teilhaberechte von Arbeitsmigranten und Flüchtlingen steht - eher verborgen - die weitere Frage in Verbindung: »Wer sind *wir*, die wir unterschiedlich stabile und berechtigende Mitgliedschafts-Status an Nicht-Deutsche vergeben?« Beide Status-Definitionen - die der Deutschen und die der Nicht-Deutschen - sind wechselseitig auf-

6 Zitate aus den anonymisierten Interviews beziehen sich auf die jeweiligen Transkripte.

einander bezogen. Wir beginnen mit der Konstruktion der Gruppen der »Gastarbeiter« und der »Flüchtlinge«.

4.1 Der Status von Arbeitsmigranten (Gastarbeitern)

Die Diskussion über die Frage: »Wer darf bleiben?« führen auch die rechtsextremen Jugendlichen, und ihre Antworten lassen ein bemerkenswert ähnliches Muster erkennen. Im Mittelpunkt steht dabei ein impliziter »Bleibe-Vertrag« zwischen Inländern und Gastarbeitern. Er lautet: wer als Ausländer hier sehr langfristig gearbeitet, Steuern gezahlt, Kinder aufgezogen und gesetzeskonform gelebt hat, dem wird ein individuelles Bleiberecht eingeräumt, das gegenüber dem vollen Staatsbürgerstatus der Deutschen indes noch zurückbleibt. Ist dieser Tauschvertrag nicht einzuhalten (wie in unterschiedlichen Fällen von Flüchtlingen), dann haben die Inländer das Recht, den Bleibestatus sehr eng auszulegen oder ganz zu verweigern.

Der skizzierte Vertrag enthält verschieden auslegbare Bedingungen der Akzeptanz von Ausländern. Wie sie ausgestaltet werden können, soll im folgenden näher dargestellt werden. Den »Bleibe-Vertrag« selbst mögen die folgenden Interviewpassagen illustrieren:

»Ich finde, die, die hier arbeiten, die hier ihre Kinder gekriegt haben, die 'ne Wohnung haben und die Steuern zahlen, daß die auch wirklich berechtigt sind, hier drin zu bleiben, weil ich finde, die nutzen Deutschland nicht aus. Also die tun auch was dafür, daß sie hierbleiben dürfen, und das finde ich okay.« (Barbara, 42).

»Ja, die Leute [d.h. die Gastarbeiter - W.H.] kamen hierher auf unseren Wunsch, daß sie eben Deutschland nach dem Krieg wieder mit aufbauen. Bloß es hieß halt damals 'Gastarbeiter', weil man sagen wollte, die sollten eben den Zeitraum hierbleiben, wo sie Deutschland mit aufbauen. Klar, das hat lange genug gedauert, die Leute ham sich hier angesiedelt, und sind dann hier wohnen geblieben. Vielleicht hätte man damals schon sagen müssen: 'So, die Leute, die ham jetzt Deutschland mit aufgebaut, die wohnen jetzt hier, die lassen wir hier. Dann ist wieder gut.' Hat man damals versäumt.

I: Bist Du der Meinung, daß die hier jetzt auch noch bleiben sollten?

B: Ich meine, die Kinder von denen sind Deutsche genau wie wir.« (Jan, S. 54)

Daß ausländische Arbeitnehmer ein dauerhaftes *Bleiberecht* besitzen, beruht für die Jugendlichen letztlich auf ihren Leistungen als Arbeitende und Steuerzahler. Diese Minimum-Bedingung hat eine doppelte Funktion: einerseits macht sie die ausländischen Arbeitnehmer den arbeitenden Deutschen ähnlich und erleichtert damit ihre Angleichung an die »Lebensweise« der Deutschen. Der den Inländern durch ihre Geburt von deutschen Eltern *zugeschriebene* Bleibe-Status kann durch andauernde berufliche *Leistungen* und eine diffus bleibende Annäherung an die hiesige Lebensweise *erworben* werden.⁷ Aber erst wenn diese Ausländer und Ausländer-

7 Die Bedingungen für ein stabiles Bleiberecht von ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland berühren sich hier mit den Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um die

rinnen selbst Kinder bekommen, werden diese »Deutsche wie wir« und erhalten damit den vollen, gleichberechtigten Status. Die Jugendlichen übernehmen also an dieser Stelle die offizielle, deutsche Auffassung von Staatsbürgerschaft als auf Abstammung begründet (Heckmann 1992).

Auf der andern Seite schützt die genannte Bedingung, zu arbeiten und Steuern zu zahlen, die Inländer vor Ausbeutung durch Ausländer. Dies ist, wie noch zu zeigen sein wird, eine starke Befürchtung der rechtsextremen Jugendlichen, die vor allem ihr Bild von Flüchtlingen prägt. Die Bindung des Bleibe-Status an beruflich-ökonomische Leistungen stellt damit ein flexibles Mittel dar, um ausländische Arbeitnehmer bedingt zu akzeptieren und Nicht-Arbeitende auszugrenzen.

Im geschilderten Sinne des »Bleibe-Vertrags« ist für sieben von acht der befragten Jugendlichen der Status von ausländischen Arbeitskollegen auf der Ebene des *individuellen* Bleiberechts relativ unstrittig. Dabei spielt auch die Wahrnehmung eine Rolle, daß die Ausländer für solche Berufe gebraucht werden, die ein »Deutscher nicht einmal mit dem Finger anrühren« würde (Rudi, 49).

Was auf der Ebene des Einzelnen gerechtfertigt erscheint, muß jedoch nicht gelten, wenn *Gruppen* von Ausländern - zumal außerhalb der Arbeitssituation - betrachtet werden. Zur Rechtfertigung des Mordanschlags von Mölln erklärt ein Befragter kategorisch: »die Türken« haben kein Recht, in Deutschland zu leben (Kalle, 64). Für einen anderen Befragten lebt in der Bundesrepublik bereits »die halbe Türkei«, und es müssen Gastarbeiter zurückgeschickt werden. »Es sind genug Leute hier, die arbeiten können« (Matte, 29, 31).

Dieselben Jugendlichen, die ein individuelles Bleiberecht für ausländische Arbeitnehmer befürworten, lehnen ihre örtliche Gruppenbildung im Wohngebiet ab und sehen zwischen den Gewaltaktionen gegenüber ihnen und den Asylbewerbern keinen Unterschied. Die Häufung von Ausländern in bestimmten Wohnquartieren wird projektiv als Gewaltausübung wahrgenommen, so daß die eigene Gewalt im nächsten Schritt dann als »Notwehr« gerechtfertigt erscheint:

deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, wie Blank/Schmidt (1993, 406) belegen. Danach wird die Zugehörigkeit zur deutschen »Rasse« als Staatsbürgerkriterium immerhin von ca. 9% einer repräsentativen, regionalen Stichprobe genannt. 30% nennen die »deutsche Abstammung«. Ähnlich selten werden die bloß örtliche Geburt in Deutschland (ca. 25%) und die christliche Religion als Staatsbürgerkriterien genannt. Deutlich höhere Zustimmung finden die Kriterien »deutsche Kultur« (ca. 53%), europäischer Lebensstil (61%), »lange Zeit hier gelebt zu haben« (ca. 66%) und »deutsche Sprache« (ca. 79%). Abgesehen vom letzten Kriterium haben die drei davor genannten Kriterien eine ähnliche Gestalt wie die Bedingungen für das Bleiberecht: es geht um langfristig zu erbringende Leistungen, deren Diffusität (und damit Willkür der Bestimmung) bei der Staatsbürgerschaft größer ist als beim Bleiberecht.

»Also, wenn's so stark übergreift wie jetzt, dann ist es so, daß man in seinem eigenen Land irgendwie weggedrängt wird. Das sieht man am besten in Kreuzberg, in Berlin. Wenn man da durchgeht, dann muß man echt Angst haben, daß man nicht einen auf die Fresse kriegt. Weil, die Leute leben da, die haben ihren eigenen Status, die haben ihre eigene Kultur, die wollen sie auch beibehalten, sie pochen darauf, und sie verteidigen das auch mit Gewalt. Von Ausländern, der hier reinkommt, verlange ich nicht, daß er sofort Deutscher ist und so, aber nicht, daß er so gegen unsere Gesellschaft kämpft - weil, wir leben ja hier, und wir wollen auch weiter so leben, aber diese Leute versuchen da irgendwie, so habe ich das Gefühl, mit Gewalt zu unterdrücken und uns ihren Stempel aufzuhauen.« (Joachim, 55).

Bei zwei Jugendlichen sind schwache Anklänge an eine rassistische Argumentation herauszuhören, die den individuellen »Bleibe-Vertrag« auf der Ebene der Gruppe in Frage stellen (Rudi, 42; Joachim, 38). Dabei ist zu vermuten, daß rassistische Argumente wegen des starken Tabus selten offen geäußert werden.

Insgesamt schränken (mindestens) die Hälfte der Befragten das individuell zugestandene Bleiberecht der Arbeitsmigranten auf der Ebene der Gruppe ein, d.h. sie befürworten Maßnahmen zur Beschränkung dieser Gruppen bis hin zur Ausweisung. Diese Ablehnung wird von den beruflichen Leistungskriterien, die das individuelle Bleiberecht begründen, abgekoppelt und bezieht sich vor allem auf das außerberufliche, den Jugendlichen nicht angepaßt erscheinende Sozialverhalten von Ausländern.⁸ Bei einer Gruppe wie den Türken wird die Nicht-Anpassung an »deutsche Lebensgewohnheiten« als starr und gewollt angesehen. Einige Jugendliche sehen darin einen Angriff, auf den aggressiv zu reagieren sie berechtigt sind. Zwischen Arbeitsmigranten und Flüchtlingen wird dabei kein großer Unterschied mehr gemacht. Der Widerspruch zwischen dem individuell zugestandenen Bleiberecht für Arbeitsmigranten und der Ablehnung der gesamten Gruppe wird von den Jugendlichen nicht thematisiert. Es hat den Anschein, als ob *allgemeine* ethnozentrische Einstellungen es erleichtern, die Arbeitsmigranten als Gruppe abzulehnen (vgl. dazu unten 4.3).

4.2 Der Status von Flüchtlingen

Nicht zu arbeiten und keine Steuern zu zahlen, sind - politisch gewollte - Merkmale der ausländischen Flüchtlinge. Der für ausländische Arbeitnehmer geltende »Bleibe-Vertrag« kehrt sich damit zum Mittel der Ausgrenzung um. Dabei unterscheiden die befragten Jugendlichen zwar zwischen den Gruppen der »wirklich politisch Verfolgten«, der Wirtschaftsflüchtlin-

8 Eine ganz ähnliche Konstellation fanden Elias/Scotson in ihrer gemeindefsoziologischen Untersuchung über das Verhältnis von alteingesessenen, etablierten Arbeiterfamilien zu neu hinzugezogenen Arbeiterfamilien, die als Außenseiter behandelt wurden. Beide Gruppen akzeptierten sich am Arbeitsplatz in ihren individuellen Berufsrollen, aber die Neuankommlinge wurden außerhalb des Berufslebens abgewertet und ausgegrenzt (Elias/Scotson 1965, 85f).

ge, der Bürgerkriegsflüchtlinge und der Aussiedler aus Osteuropa. Aber bei allen Gruppen befürworten sie mehr oder weniger starke Einschränkungen der Aufnahmezahlen, weil die Flüchtlinge die Inländer zuviel kosten. Auch auf die globale Frage, welche Vorteile und welche Nachteile die Deutschen von der Anwesenheit von Ausländern in ihrem Land haben, wird auf der Seite der Nachteile ausnahmslos das Kostenargument genannt. Vier der acht Befragten sehen keinerlei Vorteile darin, daß Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland leben. Zwei nennen als Vorteile die größere Vielfalt («farbenfroher«, «ein bißchen Abwechslung«). Einer der Befragten sieht es als Vorteil, daß Deutschland von den »klugen Köpfen« profitiert. Ein anderer vermerkt als Vorteil, daß die Ausländer »Neues bringen«. Als weiterer Vorteil wird schließlich genannt, daß die Ausländer die »Drecksarbeit« machen. Wie diese Aufzählung zeigt, war den Befragten bei den »Vorteilen« durchaus klar, daß mit »Ausländern« sowohl Gastarbeiter *als auch* Flüchtlinge gemeint sein konnten. Aber bei den »Nachteilen« wird nicht mehr differenziert, sondern unterschiedslos auf die »zu hohen Kosten« hingewiesen.

Keiner der befragten rechtsextremen Jugendlichen spricht sich explizit für die Abschaffung des Grundrechts auf *politisches Asyl* aus. Aber sehr deutlich sind Versuche erkennbar, dieses Recht so einzuschränken, daß die Zahl der Asylbewerber reduziert wird. Das geschieht einmal über eine *enge inhaltliche* Definition der Fluchtgründe. Politisches Asyl sollen nur diejenigen bekommen, die »wirklich gequält« oder »wirklich verfolgt« werden. Zum andern werden - ohne Begründung - einfach *bestimmte Maximalzahlen* für die Gewährung des politischen Asyls gesetzt - z.B. 5- bis 6.000 pro Jahr oder 50 im Monat und »blitzschnell« geregelt wie in der Schweiz. Schließlich wird eine langfristige *Aussetzung* des Asylrechts solange gefordert, bis der »Aufschwung Ost« geschafft und Europa vereinigt ist. Dies kommt einer faktischen Abschaffung des politischen Asyls sehr nahe.

Die Mehrzahl der befragten Jugendlichen stimmt der Aufnahme von *Bürgerkriegsflüchtlingen* aus dem ehemaligen Jugoslawien zu, betont aber den nur zeitweiligen Aufenthalt und die sofortige Rückkehr bei Beendigung des Krieges. Einer der Befragten spricht sich explizit gegen die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen mit dem Argument aus, sie hätten die Folgen genauso zu tragen, wie die Deutschen die Folgen des von ihnen angefangenen zweiten Weltkrieges zu tragen gehabt hätten. Mit dieser pauschalen Gleichsetzung kann er schwach aufkeimende Gefühle des Mitleids und der Solidarität mit den Flüchtlingen außer Kraft setzen.

Wer nicht »wirklich« politisch verfolgt oder Bürgerkriegsflüchtling ist, hat in den Augen der Jugendlichen den Status des »*Scheinasylanten*« bzw. des

»Asylbetrügers« und entspricht den Bedingungen des »Bleibe-Vertrags«, der zwischen Inländern und Gastarbeitern gilt, am wenigsten. Er nutzt das soziale Netz aus, ohne dafür zu arbeiten und Steuern zu zahlen. Ein Teil der befragten Jugendlichen bekundet zwar Verständnis für die unterstellten ausschließlich materiellen Motive dieser Gruppe von Flüchtlingen. Aber alle reagieren auf diese Gruppe mit mehr oder weniger großer Aggression, ja teilweise Unbarmherzigkeit. Der Tatbestand des »Asylbetrugs« ist ein besonders gewichtiger Grund zum Ausschluß der Ausländer, weil er in den Augen der befragten Jugendlichen moralische Hinterlist mit unterstellter instrumenteller Vorteilssuche verbindet. Die »Scheinasyllanten« verletzen nicht nur die Balance von Arbeitsleistung und Inanspruchnahme des Sozialstaats, sondern sie hintergehen durch Täuschung die »moralische« Ordnung der Gesellschaft. Das gilt erst recht für die - im Vergleich zur Gruppe der »Scheinasyllanten« - kleinere Gruppe der »Drogenhändler« und sonstigen ausländischen »Kriminellen«, die ebenfalls als nicht-arbeitend und Deutsche ausbeutend wahrgenommen werden.

Die Kombination von Vorteilserlangung und Normverletzung mag erklären, weshalb die Jugendlichen hier besonders rigorose Ausschlußmaßnahmen fordern. Für alle Befragten ist es nahezu selbstverständlich, daß Wirtschaftsfüchtlinge und ausländische Straftäter ausnahmslos und sofort zurückgeschickt werden. Bei einem besonders aggressiven Jugendlichen steigert sich die Wut auf die »Hungerflüchtlinge« zu Todeswünschen:

»... diese Hungerflüchtlinge, ne?, da hab ich kein - da hab ich kein Erbarmen. Die sollen da bleiben, wo sie - sollen sie doch da verrecken. Wir schmeißen da Tonnen von Geld rüber und Lebensmittel und so, und die Regierung steckt das alles ein. Sollen, soll sie die Regierung doch stürz, stürzen - und dann - ähh - bau, - ähh - ihren Staat da aufbauen. Die verhungern doch nur, weil sie nicht arbeiten (...) die sollen da bleiben und ihren Krieg da, ihre Regierung stürzen und nicht hierher kommen und sich vollfressen, und wenn das, wenn sie genug ham, dann vielleicht abhauen und sagen: 'Mach's gut Nazi, Nazideutschland!« (Kalle, 65)

Mit der Eindeutigkeit der Reaktion auf die »Schein-Asyllanten« kontrastiert die ambivalente Einstellung zu *Aussiedlern*: nur ein Teil der befragten Jugendlichen konzidiert ihnen auf der Grundlage der deutschen Abstammung ein Bleiberecht in Deutschland. Die Mehrzahl jedoch lehnt die Abstammung als Geltungsgrund für den Aufenthalt in Deutschland ab. Sie unterstellt den aus Osteuropa kommenden Aussiedlern instrumentelle Gründe und Manipulation der Abstammungsnachweise.

Zusammengefaßt: Bei den verschiedenen Gruppen von Flüchtlingen kann der für Arbeitsmigranten geltende »Bleibe-Vertrag« nicht eingehalten werden, weil sie keine Arbeitserlaubnis bekommen. Deshalb müssen andere als Leistungs-Gegenleistungs-Regulative greifen, um den Flüchtlingen ein minimales Bleiberecht in Deutschland zu sichern. Solche Regulative wären z.B. das Recht auf politisches Asyl, allgemeine Menschenrechte und soli-

darische Hilfe in Notsituationen. Die Befragten nennen zwar vereinzelt solche Regulative, aber die kostenorientierte Begrenzung der Flüchtlingszahlen steht im Mittelpunkt des Argumentierens. Nur gelegentlich wird Verständnis für die Notsituation von Flüchtlingen geäußert und realistisch gesehen, daß sie keine Arbeitsplätze und Wohnungen wegnehmen können, weil sie nicht arbeiten dürfen und in Notunterkünften wohnen. Daß ein reiches Land wie die Bundesrepublik auch helfen kann oder gar zur Hilfe verpflichtet sein könnte, taucht als Argument nicht auf. Wo die Diskussion sich auf Entwicklungshilfe ausdehnt, wird diese quasi als Beraubung der deutschen Bevölkerung um Millionen von D-Mark gesehen, zu der sich die Regierung vom Ausland wegen der nationalsozialistischen Vergangenheit erpressen läßt.

4.3 Ethnozentrismus und die Konstruktion der Wir-Gruppe als Leistungsgemeinschaft

a) Positive und negative Eigenschaften der Deutschen

In der Ablehnung und Ausgrenzung von Fremden ist mehr oder weniger verborgen auch immer eine Botschaft darüber enthalten, als was sich die Ablehnenden selbst sehen. Dazu sind zunächst Antworten auf die Frage einschlägig, welche besonderen positiven und negativen Eigenschaften die Deutschen besitzen. Die befragten Jugendlichen nennen:

- Fleiß und Gründlichkeit;
- mutig und arbeitswillig;
- Intelligenz und Ehrgeiz;
- sauber und ordentlich, gründlich und penibel.

Unter den positiven Eigenschaften der Deutschen werden vor allem *arbeitsbezogene* Sekundärtugenden genannt. Dies entspricht auch einer empirischen Untersuchung zur Stereotypenbildung von Jugendlichen Mitte der 70er Jahre (zit. bei Markefka 1989, 688). Danach stellten deutsche Jugendliche beim (Selbst-)Bild von Deutschland »Industrie« und »Wohlstand« weit an die Spitze aller Merkmale.

Mitte der 90er Jahre stellen Jugendliche und junge Erwachsene wirtschaftliche Leistungen und damit verbundene charakterliche Eigenschaften und Fähigkeiten der Deutschen immer noch in den Mittelpunkt ihres Stolzes auf das Land, auch wenn politische Errungenschaften mittlerweile einen hohen Stellenwert erlangt haben. In einer repräsentativen Stichprobe bei 14-29jährigen (EMNID 1994) nennen 22% der Befragten den Wohlstand Deutschlands (Wirtschaft, Lebensstandard) als etwas, auf das man als Deutscher stolz sein kann. Für 21% der Befragten sind es politische Errungenschaften (Demokratie, Rechtsordnung, Freiheit, Frieden, soziales Netz, Um-

weltschutz), die zum Stolz auf Deutschland Anlaß geben. 9% nennen »charakterliche Eigenschaften der Deutschen« (Fleiß, Sauberkeit, Selbständigkeit) und 8% die »technischen Fähigkeiten« der Deutschen (Know-how, Automobilbau, Qualität der Produkte) (EMNID 1994, Tabellenteil 1, 194). Die sozialstrukturelle Aufschlüsselung dieser ökonomisch-materiellen und politischen Anlässe zum Stolz auf Deutschland entspricht den Erwartungen: Je niedriger das Bildungsniveau, desto stärker werden ökonomische Leistungen, »Sekundärtugenden« oder technische Qualifikationen als Gründe für den Stolz auf Deutschland genannt. Dasselbe Antwortmuster ergibt sich für den Beruf des Vaters, der sehr einfach als »selbstständig/ leitend«, »mittlere« und »einfache Tätigkeit« codiert wurde. Bei der Parteiensympathie ist die Identifikation der CDU/CSU-Anhänger mit den wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands überdurchschnittlich hoch (35% im Vergleich zu 22% im Durchschnitt der Befragten). Bei den Sympathisanten der »Republikaner« ist sie interessanterweise leicht niedriger als beim Durchschnitt der Befragten. Bei den »charakterlichen Eigenschaften« und den »technischen Fähigkeiten« dagegen liegt die Identifikation der Rep-Sympathisanten am deutlichsten über dem Durchschnitt aller Befragten. Deutlich weniger als der Durchschnitt nennen Rep-Sympathisanten politische Errungenschaften Deutschlands als Grund für den Stolz auf das Land.

Aus diesen qualitativen und quantitativen Befunden kann geschlossen werden, daß fremdenfeindliche und rechtsextreme Befragte ein eher ökonomisch-technisch akzentuiertes Selbstbild vom »tüchtigen Deutschen« haben. Die ökonomisch-technische Idealisierung der Eigengruppe wirft noch einmal ein Licht auf den oben geschilderten »Bleibe-Vertrag« mit ausländischen Arbeitnehmern. Die in ihm enthaltenen Bedingungen des stetigen Arbeitens und des Steuerzahlens stellen gewissermaßen nur durchschnittliche Minimal-Bedingungen dar, um einzelne Ausländer in ihrer Leistungsrolle zu tolerieren. Das überhöhte Selbstbild der »tüchtigen und effizienten Deutschen« dagegen kann jede weitergehende Integration erschweren. Wenn die Wir-Gruppe an der Überlegenheit der gebürtigen Mitglieder festhält und dafür kulturelle, historische oder biologische Merkmale anführt, dann können Neuankömmlinge immer auf Distanz und in einem minderen Status gehalten werden. Die Ausgrenzung von Ausländern ist somit nicht nur von einer aktuellen Krisensituation abhängig, sondern sie ist auch - tieferliegend - vom beruflich-ökonomisch idealisierten Selbstbild des »tüchtigen Deutschen« bestimmt.

Auch die *negativen Eigenschaften* der Deutschen erhalten bei den befragten rechtsextremen Jugendlichen einen ökonomischen Akzent. Sie kritisieren, daß die Mehrheit der Deutschen Reue und Scham über die nationalsozialistischen Verbrechen empfindet und sich nicht dagegen wehrt, mit der

Geschichte konfrontiert zu werden. Der Sinn, in dem dies überhaupt als *negative* Eigenschaft verstanden werden kann, ist ein politisch-ökonomischer: durch die Reue über die Vergangenheit sind die Deutschen von außen erpreßbar und ausbeutbar. Nationale Identifikation ist dann umgekehrt nur ein Mittel der »Selbstbehauptung« gegen Druck von außen.

Mit dieser Auffassung von negativen Eigenschaften der Deutschen distanzieren sich die rechtsextremen Jugendlichen zugleich von der Mehrheit der Deutschen und bringen zum Ausdruck, daß sie - eine Minderheit - diese negativen Eigenschaften nicht aufweisen. Positive und negative Eigenschaften werden also nicht als *wirklich* widersprüchlich nachempfunden, sondern über die Distanzierung von der Mehrheit der Deutschen wird das eigene ungetrübt positive Selbstbild als »nationalbewußter« Rechtsextremem bekräftigt. Lediglich ein Befragter zeigt hier wirkliche Ambivalenz, wenn er sagt, die Ermordung der Juden sei kein Grund, auf Deutschland besonders stolz zu sein.

b) Abwertung von Angehörigen anderer Nationen und Gruppen

Gastarbeiter und Flüchtlinge haben ihre eigenen, von den hiesigen Gepflogenheiten abweichenden Sitten und Gebräuche und werden zum Teil stereotyp und abwertend wahrgenommen. Die befragten Jugendlichen unterscheiden sich darin, wieviele andere Nationen oder Gruppen sie typisieren, und sie unterscheiden sich in der Intensität und Aggressivität der Abwertung. Ein Beispiel für eine starke sprachliche Abwertung und Stereotypie mit rassistischen Anklängen bietet Kalle. Auf die Frage nach Ausländern und Ausländerinnen in seiner Berufsschulklasse antwortet er:

»Ja, äh, also acht Russen, äh, einer ist also wirklich so ein Mischling, jugoslawisch, polnisch, deutsch und denn noch - russisch auch noch. Irgendwie so voll, so bääh, so voll gemischt. Na ja, und dann sind ja noch Italienerinnen, Halbitalienerinnen.« (Kalle, 11).

Kalle kommen solche Jugendliche nahe, die ihre Herabsetzung wortgewandter, aber an entscheidender Stelle ebenso aggressiv und herabsetzend ausdrücken:

»Ich glaube, mit europäischen Flüchtlingen wird es kaum Probleme geben, oder so gut wie gar keine. Weil die sich, weil deren Kultur sich nicht großartig von der deutschen unterscheidet. Wenn da aber aus dem hintersten Busch irgend so'n Neger kommt - ich mein, die fallen schon durch ihr Aussehen auf, durch ihre Lebensart, durch ihre Kleidung, und das provoziert auch. (...) Ich meine, okay, mit den Rumänen - die benehmen sich wie die Schweine.« (Arnd, 42).

Auch wo Jugendliche die Ausländer und Ausländerinnen nicht so offenkundig sprachlich herabsetzen, kann es distanziertere, aber durchgängig ethnozentrische Abwertungen geben. Für Jan gilt zum Beispiel, daß er lieber einen Arbeitsplatz an einen Deutschen als einen Ausländer verliert. Er zieht auch eine deutsche Kneipe einem griechischen Restaurant vor. Joachim findet: Wenn eine Ausländerin mit einem Kopftuch in seinen privaten

Kreis kommt, dann stört sie. Bei den Türken sei es »extrem« so, daß sie die deutsche Kultur nicht annähmen.

Gruppiert man die Jugendlichen nach dem Grad der Abwertung anderer Nationen/Gruppen und berücksichtigt man weitere Indikatoren der nationalen Identifikation (emphatisch-positive Gefühle beim Singen der Nationalhymne, beim Fall der deutsch-deutschen Grenze), dann ergibt sich folgendes Bild:

Abwertung anderer Nati- onen/Gruppen	Rassist. Anklänge	Nationale Identifikation:		Negative Eigensch.d. Deutschen	
		National- hymne positiv empfunden	Vereini- gung	keine genannt	zu wenig »national- bewußt«
<i>hoch:</i>					
Arnd		+	+		+
Joachim	+	+	+		+
Jan	(+) ¹	+	+/-		
Matte		+	+		+
Kalle	+	+	+		+
<i>mittel:</i>					
Rudi	+	+	+	+	
Barbara		+	+/-		(+) ²
Tom		+/-	+/-	+	

+ heißt: Merkmal trifft zu; +/- heißt: ambivalente Gefühle. 1) In seiner Zeit als Skin (mit 15) vertrat Jan die Ansicht, die Deutschen seien eine »Herrenrasse«. 2) Im Sinne von: zu ausländerefreundlich.

Die Übersicht läßt folgende Zusammenhänge erkennen: Die in der Abwertungs-Dimension Hoch-Ethnozentrischen verbinden diese Einstellung mehr als die Mittel-Ethnozentrischen mit Anklängen rassistischer Deutung. Die Ambivalenz gegenüber der Wiedervereinigung ist bei den Hoch-Ethnozentrischen geringer ausgeprägt als bei den Mittel-Ethnozentrischen. Zugleich werten es vor allem die Hoch-Ethnozentrischen als negatives Merkmal der Deutschen, daß sie zu wenig »nationalbewußt« und damit erpreßbar sind. In dieser Gruppe der Hoch-Ethnozentrischen sind jene zu finden, die nicht nur die verschiedenen Gruppen von Flüchtlingen stark begrenzen, sondern auch ausländische Arbeitsmigranten aus Deutschland ausweisen wollen, selbst wenn sie individuell den »Bleibe-Vertrag« erfüllen.

5. Zusammenfassung

In diesem Beitrag wurde der Versuch unternommen, eine bestimmte Ausprägung des modernen Ethnozentrismus - seine ökonomisch-materielle Akzentuierung - näher zu beschreiben und Ansatzpunkte für eine Erklä-

rung zu finden. Dies geschah auf der schmalen empirischen Grundlage von Interviews mit einigen fremdenfeindlichen, rechtsextremen und gewaltbereiten, ja gewalttätigen Jugendlichen. Im Rahmen der verschiedenen Erklärungsrichtungen, die zu Beginn des Aufsatzes genannt wurden, ging es uns nicht um eine umfassende Erklärung des »Gesamtphänomens« Ethnozentrismus, sondern um die begrenzte Frage, unter welchen sozialen und psychischen Bedingungen bestimmte Jugendliche fremdenfeindlicher eingestellt sein könnten als andere.

Daß fremdenfeindliche Orientierungen normale Begleiterscheinungen von ökonomischen Krisen seien und rationale Strategien auf dem Arbeitsmarkt darstellten, erscheint nach unsern Ergebnissen als eine zu oberflächliche Interpretation. Die befragten rechtsextremen Jugendlichen und jungen Erwachsenen reagieren nicht reflexartig auf Verschlechterungen der ökonomischen und sozialen Situation, sondern übernehmen und radikalisieren Deutungsmuster, die in der Gesellschaft tiefer verankert und nicht konjunkturabhängig sind. Insofern wäre es auch verfehlt, von einer »Entspannung« auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt das Verschwinden derartiger Deutungsmuster zu erwarten.

In den Äußerungen der rechtsextremen Jugendlichen zu Arbeitsmigranten und Flüchtlingen ist ein durchgehender Ökonomismus und Konventionalismus auffällig. In seinem Mittelpunkt steht die Auffassung, daß die deutsche Gesellschaft eine »Leistungsgemeinschaft« ist und daß Bürgerstatus sowie Teilhaberechte von der Erbringung konventioneller Leistungen (vor allem arbeiten, Steuern zahlen, Gesetze achten) abhängen. Alle Gruppen, die derartige Leistungen aus den verschiedensten Gründen nicht erbringen können, sind nach dieser Auffassung möglicherweise nur »Kostgänger« und in ihrem Mitgliedschaftsstatus gefährdet. Daß Teilhaberechte im Sozialstaat nach einer normativen Vorstellung von Gerechtigkeit unabhängig von erbrachten Vorleistungen garantiert sein können - etwa nach Bedürftigkeit oder prinzipieller Gleichheit -, liegt diesem Denken fern. Es grenzt nicht nur ausländische Flüchtlinge aus, sondern tendenziell auch Inländer, die nicht arbeiten (z.B. Obdachlose).

Ausländischen Arbeitnehmern wird ein Bleiberecht vor allem als *individuellen* Arbeitskräften eingeräumt, das die rechtsextremen Jugendlichen indes von zwei Seiten einschränken: Artikulieren sich die Ausländer und Ausländerinnen außerhalb der Arbeit als Gruppe, die von der hiesigen »deutschen Lebensweise« abweicht, so reagiert ein Teil der Jugendlichen mit Aggression und Ausschließungswünschen. Der »Wirtschafts-Ethnozentrismus« der Jugendlichen, der das Selbstbild als technisch versierte, ökonomisch erfolgreiche Deutsche bestimmt, kann darüberhinaus der beruflich-qualifikatorischen Abwertung von ausländischen Arbeitnehmern dienen.

Eine wichtige Funktion des »Bleibe-Vertrags« mit ausländischen Arbeitnehmern ist der Schutz vor Ausbeutung, der sich die Jugendlichen vor allem im Fall von Flüchtlingen ausgesetzt sehen: ihnen werden materielle Motive der Flucht unterstellt, und eine der Hauptsorgen der Jugendlichen ist es, Kosten für sie aufbringen zu müssen, ohne daß diese dafür etwas leisten. Die Antworten auf die Frage nach den drei wichtigsten Zielen der nationalen Politik sind in hohem Maße mit Forderungen zulasten von Ausländern, Flüchtlingen und Aussiedlern aufgeladen. Solidarische oder altruistische Lösungen oder zumindest der Konflikt zwischen altruistischen und egoistisch-materiellen Motiven tauchen dabei nicht auf. - Furcht vor Ausbeutung steht auch hinter der von den rechtsextremen Jugendlichen so wahrgenommenen negativen Eigenschaft der Deutschen, Schuld-, Reue- und Schamgefühle wegen der nationalsozialistischen Vergangenheit zu empfinden.

Man könnte diese ökonomischen Deutungsmuster im Sinne Lenhardts oder Heitmeyers als allgemeinen Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise verstehen. Dabei entgeht einem jedoch zweierlei: die Spezifik der Wahrnehmung der *deutschen* Gesellschaft als »Arbeits- und Leistungsgemeinschaft«, wie sie in der Beschreibung der positiven Eigenschaften der Deutschen hervortritt, und die Spezifik der *beruflichen Situation* der befragten Jugendlichen. Ihr Ökonomismus könnte auch mit dem Beginn ihres Arbeitslebens in unteren gewerblichen und Dienst-Berufen zusammenhängen und damit Teil ihrer beruflichen Sozialisation sein. Der Lehrberuf der von uns Befragten ist in den meisten Fällen nicht ihr Wunschberuf gewesen, sondern sie mußten sich den Arbeitsmarktverhältnissen anpassen. Die Zwänge der Arbeitssituation sind im Vergleich zur Schule deutlich höher. Sie selbst erleben zum ersten Mal die Härte des Tauschs von Arbeitsleistung gegen Lohn. Wie es spezifische Bedingungen der *Arbeitslosigkeit* geben kann, die politisch rechtsextreme und ausländerfeindliche Einstellungen fördern, so können dies auch Erfahrungen der *Arbeit* bewirken. In diesem Zusammenhang ist ein Ergebnis von Schnabel (1994) interessant, der eine höhere Fremdenfeindlichkeit bei arbeitenden als bei arbeitslosen Jugendlichen fand. Die Fremdenfeindlichkeit *beider* Gruppen war indes noch höher als die von Jugendlichen, die sich in weiterführenden Schulen befanden und die Erfahrung beruflicher Arbeit noch nicht gemacht hatten. Die immer wieder verbreitete These, daß angeblich »gut situierte« und abgesicherte Jugendliche aus einer Art »Überlegenheitsdenken« (Heitmeyer) heraus rechtsextrem und fremdenfeindlich eingestellt seien, ist zwar empirisch zweifelhaft (W. Hopf 1994). Aber ihr richtiger Kern könnte darin liegen, daß die berufliche Sozialisation in untere gewerbliche, kaufmännische und Dienstleistungs-Berufe einen Ökonomismus und ein Bestehen auf konventionellen Verhaltensweisen fördert, der sich gegen Ausländer rich-

ten kann. Dazu bedarf es indes keiner privilegierten beruflichen Situation der Jugendlichen. Es reicht die »ganz normale« Situation in eher unsicheren, wenig qualifizierten, belastenden und gering entlohnten Jobs.⁹

Dazu bedarf es auch keiner sozialhistorisch ausgreifenden, mit Methoden der Umfrageforschung ohnehin kaum belegbaren Thesen über die desorientierenden Folgen der heraufziehenden »Risikogesellschaft« (U. Beck), die isolierte und verunsicherte Jugendliche nach den »Gewißheiten« von nationaler Identifikation und ethnozentrischer Ausgrenzung suchen lassen. Der *sozialgeschichtliche* Ausgangspunkt der »Individualisierungsthese« - daran sei nachdrücklich erinnert - waren die Veränderungen im Milieu der Arbeiterschaft (vgl. Mooser 1983), die Beck auf die Gesamtgesellschaft übertrug, verallgemeinerte und damit sozialstrukturell unscharf machte. Es erscheint sinnvoll, an diesen Ausgangspunkt zurückzukehren und den Strukturen sozialer Ungleichheit - den Ungleichheiten der sozialen Herkunft, der ungleichen Bildungsverläufe, den ungleichen Berufs- und Arbeitsbedingungen - als Bedingungen für fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen und Handlungen nachzugehen.

Ob die ökonomisch-materielle Akzentuierung der Fremdenfeindlichkeit mit der besonderen *familialen* Sozialisation der rechtsextremen Jugendlichen zusammenhängt, läßt sich mit den hier analysierten Interviews nicht schlüssig entscheiden. Zwar zeigen die von uns befragten rechtsextremen und gewalttätigen Jugendlichen im Hinblick auf ihre Familien- und Schulerfahrungen deutliche Belastungsmomente (z.B. strenge Disziplinierung durch die Eltern bis hin zum gewaltförmigen Umgang innerhalb der Familie, geringe Verfügbarkeit von einzelnen Elternteilen bei eigenen Problemen, Trennungserfahrungen, Leistungsüberforderung seitens der Eltern, problematische Schulkarrieren und Konflikte mit Lehrern - vgl. dazu ausführlicher W. Hopf u.a. 1995). Es fehlt aber vorerst der Vergleich mit *nicht*-ethnozentrischen Jugendlichen und ihren Sozialisationsbedingungen. Erinnert sei an das eingangs erwähnte Diktum Eckerts und Willems': »Fremdenfeindlichkeit als Folge des Kampfes um knappe Güter muß nicht autoritären Charakterzügen entspringen - auch andere Menschen teilen ungerne.« Es ist sicherlich richtig, daß es immer *auch* nicht-autoritäre Menschen geben wird, die ungerne teilen. Die Frage indes, die auch Eckert und Willems nicht beantworten können, lautet: Ist es *im Vergleich* von autoritären und nicht-autoritären Befragten wahrscheinlicher, daß autoritäre Befragte eine stark ökonomisch-instrumentelle Akzentuierung von Ethnozen-

9 Vgl. hierzu auch Dörre u.a. (1994, 68f, 214ff). Ausländerfeindliche Meinungen äußerten in einer Untersuchung über das gewerkschaftliche Bewußtsein junger Angestellte gerade solche Befragte, die in einem Warenhaus der »unteren Kategorie« wenig qualifizierte, wenig anerkannte und streßreiche Arbeit leisten mußten.

trismus und Fremdenfeindlichkeit aufweisen? Bereits im Autoritarismus-Konzept der »Authoritarian Personality« spielte der Wunsch, Dinge haben zu wollen und Beziehungen instrumentell-strategisch zu deuten, eine zentrale Rolle. In den Biographie-Analysen berichteten genau dies häufiger hoch-ethnozentrische als niedrig-ethnozentrische Befragte. In der vergleichenden Studie rechtsextremer und nicht-rechtsextremer junger Männer von Ch. Hopf u.a. (1995) zeigen autoritäre Befragte - anders als nicht-autoritäre - bei der Diskussion moralischer Dilemmata eindeutig eine Präferenz zugunsten der eigenen, egoistischen Interessen bei gleichzeitiger Ablehnung normativer Verpflichtungen gegenüber andern. Insofern weist die polarisierende Gegenüberstellung einer ökonomisch-rationalen und einer sozialisationsbezogenen, angeblich pathologisierenden Deutung von Ethnozentrismus und Rechtsextremismus in die falsche Richtung. Bei einer bestimmten Gruppe von Jugendlichen könnte der materiell-ökonomische Akzent des Ethnozentrismus und der Ausländerfeindlichkeit gerade mit ihren belastenden Sozialisationserfahrungen zusammenhängen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. u.a. (1950): *The authoritarian personality*, New York 1969.
- Altemeyer, Bob (1988): *Enemies of freedom. Understanding right-wing authoritarianism*, San Francisco.
- Baethge, Martin; Hantsche, Brigitte; Pellul, Wolfgang; Voskamp, Ulrich (1988): *Jugend: Arbeit und Identität. Lebensperspektiven und Interessenorientierungen von Jugendlichen*, Opladen.
- Baumert, Jürgen (1991): Langfristige Auswirkungen der Bildungsexpansion, in *Unterrichtswissenschaft* 19, S.333-349.
- Blank, Thomas; Schmidt, Peter (1993): Verletzte oder verletzende Nation? Empirische Befunde zum Stolz auf Deutschland, in: *Journal f. Sozialforschung* 33, H. 4, S.391-415.
- Blank, Thomas; Schwarzer, Stefan (1994): Ist die Gastarbeiterskala noch zeitgemäß? Die Reformulierung einer ALLBUS-Skala, in: *ZUMA-Nachrichten* 18, Nr. 34, S.97-115.
- Dörre, Klaus; Baethge, Martin; Grimm, Andrea; Pellul, Wolfgang (1994): *Jugendliche Angestellte. Selbstbehauptung gegen Solidarität?* Opladen.
- Eckert, Roland; Willems, Helmut (1994): Fremdenfeindliche Gewalt, in: *Informationsdienst AgAG H. 1/94*, S.81-87.
- Elias, Norbert; Scotson, John L. (1965): *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt/M 1993.
- EMNID-Institut (1994): *Jugend '94. Tabellenteil 1 und 2*, Hektogr. Manuskript, Bielefeld.
- Farin, Klaus; Seidel-Pielen, Eberhard (1991): *Krieg in den Städten. Jugendgangs in Deutschland*, Berlin.
- Goldthorpe, John H.; Lockwood, David; Bechhofer, Frank; Platt, Jennifer (1969): *The affluent worker in the class structure*. (Cambridge Studies in Sociology, vol. 1-3), Cambridge.
- Heckmann, Friedrich (1992): Ethnos, Demos und Nation, oder: Woher stammt die Intoleranz des Nationalstaats gegenüber ethnischen Minderheiten? In: Bielefeld, Uli (Hg.): *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?* Hamburg, S.51-78.
- Heitmeyer, Wilhelm u.a. (1992): *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeitudersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*, Weinheim.
- Hopf, Christel (1990): Autoritarismus und soziale Beziehungen in der Familie. Qualitative Studien zur Genese autoritärer Dispositionen, in *Zeitschrift f. Pädagogik* 36 (Nr. 3), S.371-391.
- Hopf, Christel (1994): Machiavellismus und Autoritarismus. Varianten der Anpassung in Organisationen und ihre psychischen und sozialen Voraussetzungen, in: Derlien, Hans-U u.a. (Hg.):

- Systemrationalität und Partialinteresse. Festschrift f. Renate Mayntz, Baden-Baden, S.83-97.*
- Hopf, Christel; Rieker, Peter; Sanden-Marcus, Martina; Schmidt, Christiane (1995): *Familie und Rechtsextremismus - Analyse qualitativer Interviews mit jungen Männern*, Weinheim.
- Hopf, Wulf (1994): Rechtsextremismus von Jugendlichen - kein Deprivationsproblem? In *Zeitschrift f. Sozialisationsforschung u. Erziehungssoziologie* 14, H. 3, S.194-211.
- Hopf, Wulf (unter Mitarb. v. Hendrik Abel u. Nils Pagels) (1995): *Fremdenfeindlichkeit und Ökonomismus von Jugendlichen. Befunde einer qualitativen Studie* (= Göttinger Beiträge zur erziehungswissenschaftlichen Forschung Nr. 11), Göttingen.
- Klär, Karl-Heinz u. a. (Hg.) (1989): *Die Wähler der extremen Rechten. Bd. I-III*, Bonn.
- Kronauer, Martin (1992): Ungerechtigkeitserfahrungen von Arbeitslosen und Fremdenfeindlichkeit, in *Sozialist. Zeitschrift. f. marxistische SozialdemokratInnen* 17, Nr. 5, S.10-13.
- Kronauer, Martin; Vogel, Berthold; Gerlach, Frank (1993): *Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung*, Frankfurt/M.
- Lenhardt, Gero (1990): »Ethnische Identität« und gesellschaftliche Rationalisierung, in: *Prokla* 79, S.132-154.
- Markefka, Manfred (1989): Soziale Stereotype im Jugendalter, in: Markefka, Manfred; Nave-Herz, Rosemarie (Hg.): *Handbuch der Familien- und Jugendforschung. Bd. 2: Jugendforschung*, Neuwied, S.681-696.
- Mooser, Josef (1983): Auflösung der proletarischen Milieus. Klassenbindung und Individualisierung in der Arbeiterschaft vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik Deutschland, in: *Soziale Welt* 24, S.270-306.
- Nunner-Winkler, Gertrud (1995): Ethnozentrismus: Abwehr gegen das Fremde - Zur Tragweite nicht-pathologisierender Erklärungsstrategien, in: Cropley, Arthur J. u.a. (Hg.): *Probleme der Zuwanderung. Band 2: Theorien, Modelle und Befunde der Weiterbildung*, Göttingen, S.71-94.
- Oesterreich, Detlef (1993): *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen - eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West*, München.
- Rieker, Peter/Sanden-Marcus, Martina (1995): Zur Analyse rechtsextremer Orientierungen - Begriff und empirische Bestimmung, in Ch. Hopf u.a. *Familie und Rechtsextremismus*, S.31-53.
- Schnabel, Kai Uwe (1994): Zur Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland, in: Gesamtbetriebsrat der Max-Planck-Gesellschaft; Dirk Hartung (Hg.): *Ausländerfeindlichkeit - Rechtsradikalismus - Gewalt. Texte und Materialien*, Berlin, S.66-87.
- Sumner, William G. (1906): *Folkways. A study of the sociological importance of usages, manners, customs, mores, and morals*, Boston 1940.
- Willems, Helmut u.a. (1993): *Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation*, Opladen.
- Zick, Andreas (1992): »Fremdenfeindlichkeit« - Versuch einer Systematisierung der Debatte, in: *Gruppendynamik* 23, H. 4, S.353-373.